Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungseintragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. 6. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zuverlässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 259. Halle, Donnerstag, den 5. Juni. 1919.

Kursturz an der Pariser Börse.

Genf, 4. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet, daß sich die in Fluß befindliche Lohnbewegung der französischen Arbeiterschaft zu einer politischen Demonstration allergrößten Stils auszuwachsen drohe. An der gestrigen Pariser Börse gingen die Kurse der Renten- und Industriepapiere sturzartig zurück, weil in unterrichteten Kreisen mit Ausbruch des alle Arbeiterkategorien umfassenden Generalstreiks als mit einer nicht mehr abzuwendenden Tatsache gerechnet wird. An den schweizerischen Börsen macht sich unter dem Eindruck der aus Paris eingetroffenen alarmierenden Nachrichten gleichfalls ein erheblicher Kursrückgang der französischen Papiere bemerkbar.

Vom Streik in Frankreich.

Zürich, 4. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus Paris gemeldet wird, dehnt sich die Streikbewegung in Frankreich mit merkwürdiger Schnelligkeit aus. In Paris selbst liegen die meisten Metallbetriebe still. In Nordfrankreich streiken große Teile der Bergarbeiter. In Marseille streiken die Bauarbeiter, die Lohnkutscher und die Angestellten der Schuhfabriken. Auch die Seidenfabriken Südfrankreichs sind in den Ausstand eingetreten worden. Die Zahl der Streikenden wird heute bereits auf mehr als 400 000 Mann geschätzt. Abgesehen davon, daß die Hauptforderung der Ausständigen die Einführung des Achtstundentages ist, ist eine radikale Strömung in der ganzen Bewegung unverkennbar, da in vielen Versammlungen der Streikenden Entschließungen angenommen wurden, die u. a. auch gegen den Friedensentwurf protestieren.

Der Streik in Frankreich in voller Entwickelung.

WTB. **Versailles**, 3. Juni. Wie schon gemeldet, streiken seit heute früh sämtliche Untergrundbahn-Angestellte, Beamte und Arbeiter. Der gesamte Verkehr ruht. Wie die Abendblätter mitteilen, haben in den Vormittagsstunden streikende Untergrundbahnangestellte begonnen, Omnibusse und Straßenbahnen in Paris anzuhalten. Nachmittags ruhte auch der gesamte Betrieb dieser beiden Verkehrsmittel. Die Bewegung greift immer weiter um sich. In den Vororten von Paris, die, wie Boulogne, Billancourt und St. Denis große Industriemittelpunkte sind, haben sämtliche Metall-, Automobil- und Flugzeugfabriken usw. im Laufe des heutigen Vormittags schließen müssen. In der französischen Provinz beginnen sich jetzt auch in den Departements am Jura Bewegungen bemerkbar zu machen. Dabei erklären sämtliche Blätter, daß der Streik in voller Entwickelung sei und noch weiter um sich greifen wird.

Zusammenbruch des Streiks in Toronto.

WTB. **Amsterdam**, 4. Juni. Die „Times" berichtet aus Toronto: Die Niederlage des Streikkomitees in Winnipeg und der Zusammenbruch der Streikbewegung in Toronto liegt heute vor. Drei bolschewistische Genossenschaften, zu 75 % aus Russen bestehend, sollen die Streikbewegung führen.

Kein Streik in München.

Berlin, 4. Juni. Die Nachricht, daß heute die Arbeiterschaft aller Betriebe in München zum Protest gegen das Urteil im Prozesse Levinè in den Streik eingetreten sei, ist falsch. Es wird in München überall gearbeitet. Die Stadt ist vollkommen ruhig.

Entschließung der deutschdemokratischen Partei.

WTB. **Berlin, 4. Juni.** Die Fraktion der deutschdemokratischen Partei der Nationalversammlung faßte heute einstimmig auf Antrag der Abgeordneten Haußmann, Waldstein und Schiffer folgende Entschließung:

„In vollständiger Uebereinstimmung mit dem Reichsministerium und den Mitgliedern der Fraktion im Kabinett erklärt die deutschdemokratische Fraktion der Nationalversammlung die Zustimmung zu dem deutschen Friedensvorschlag trotz seiner an die äußerste Grenze gehenden Belastung, und beharrt einmütig auf dem Standpunkt, daß der mit den Lebensbedingungen des deutschen Volkes unvereinbare, völlig unerfüllbare Friedensvorschlag der Entente unannehmbar ist und bleibt."

Ueberreichung der deutschen Protestnote

Versailles, 4. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Protestnote, die die deutsche Regierung gegen die französischen Umtriebe im Rheinland abgefaßt hat, ist heute vormittag durch die deutsche Delegation den Vertretern der Entente überreicht worden. Die Protestnote bildet eine Denkschrift größeren Umfanges, in der die Vorgänge im Rheinland und die dortigen Machenschaften der Franzosen noch einmal eingehend erörtert wurden. Im Anschluß an diese Darstellung wird von der deutschen Regierung energisch Protest gegen derartige Umtriebe erhoben. Die Note wurde auf Veranlassung der Reichsregierung von den deutschen Delegierten in Versailles ausgearbeitet. An dieser Ausarbeitung hat Professor Schücking besonders hervorragenden Anteil.

Die französischen Umtriebe im Rheinland werden von der gesamten sozialistischen Presse Frankreichs auf das schärfste verurteilt. Vielfach wird gesagt, daß diese Vorgänge ein Hohn auf das so oft von der Entente proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeuten.

Voruntersuchung gegen Dorten.

WTB. **Berlin**, 4. Juni. Die Voruntersuchung gegen Staatsanwalt Dr. Dorten ist beantragt. Zum Untersuchungsrichter wurde Reichsgerichtsrat Dr. Schmidt ernannt.

Der des Hochverrats angeklagte Staatsanwalt Dr. Dorten konnte bisher noch nicht aufgefunden werden.

Arbeiterproteste in Aachen und Köln.

Berlin, 4. Juni. In Aachen haben heute die Arbeiter eine gewaltige Demonstration gegen die Ausrufung der rheinischen Republik veranstaltet. In Köln haben die Arbeiter ebenfalls mit dem Streik wegen der Ausrufung der rheinischen Republik gedroht.

Zwei Meinungen.

Wilson schweigt noch.

Haag, 4. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Beratungen von drei Stunden haben den Rat der Vier bezüglich der deutschen Gegenvorschläge nicht weitergebracht. Es bestehen zwei Meinungen, die von Lloyd George und Clemenceau vertreten werden. Lloyd George befürwortet verschiedene Aenderungen, während die Gruppe, die an Clemenceau ihren Führer hat, an den gestellten Bedingungen festhält und keine Aenderungen wünscht, ehe die Undurchführbarkeit der gestellten Bedingungen bewiesen ist. Wilson hat sich bis jetzt noch nicht in die Debatte gemischt, aber voraussichtlich wird er sich auf den gleichen Standpunkt wie Lloyd George stellen. Wilson wird sich in einer Plenarsitzung mit der amerikanischen Delegation auseinandersetzen, besonders mit seinen wirtschaftlichen Beratern, ehe er eine Entscheidung trifft.

Vor der endgültigen Entscheidung.

WTB. **Paris, 4. Juni. (Drahtnachricht.)** Die vier Regierungschefs setzten Dienstag nachmittag die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge fort. Man hofft, daß sie am Donnerstag damit zu Ende sein werden. Sie werden dann ihre endgültige Entscheidung über die Antwort treffen.

Morgen!

WTB. Amsterdam, 4. Juni. Dem „Telegraaf" wird aus Paris gemeldet: Die Antwort des Viererrats wird morgen festgesetzt.

Wann erfolgt Aufhebung der Blockade?

Basel, 4. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Daily Mail" meldet aus Paris: Der Arbeitsplan der Alliiertenkonferenz umfaßt noch vier Wochen. Nach diesem Plane soll der Frieden mit Deutschland bis 25. Juni abgeschlossen sein. In den ersten Tagen des Juli wird die Aufhebung der Blockade und der wirtschaftlichen Beschränkungen gegen Deutschland erfolgen. Man glaubt nicht, daß es zu einem militärischen Einmarsch in Deutschland kommen werde.

Englische Protestversammlung gegen die Friedensbedingungen.

WTB. **Amsterdam, 4. Juni.** Wie „Daily Herald" meldet, fand am 30. Mai in der Essexhall in London eine Protestversammlung gegen die „absurden, frevelhaften Friedensbedingungen" mit Deutschland statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Friedensbedingungen protestiert wird, die eine Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen, eine Vergewaltigung der Grundsätze, von denen die britischen Staatsmänner bei der Fortsetzung des Krieges geleitet wurden, und die Vernichtung des Völkerbundes bedeuten.

Abwehrmaßnahmen gegen die Pogrome

Amsterdam, 4. Juni. Da hierher Nachrichten über furchtbare Pogrome in Polen und Galizien eingetroffen sind, hat der Oberrabiner von Amsterdam sich persönlich telegraphisch an Clemenceau, Lloyd George, Loudon, Orlando und Wilson mit der Bitte um sofortige Schutzmaßregeln gewandt. Außerdem wurden die beiden Rothschilds in London und Paris, Jesks Schiff in New York und Lord Swaythling in London telegraphisch um Unterstützung dieser Bitte ersucht. Das niederländische Antipogrom-Komitee bereitet energische Abwehrmaßregeln vor.

Ein neues Ei des Kolumbus.

Wie gewinnt Deutschland jährlich 7 Milliarden Mark?

Die Reichsarbeitsstunde des Herrn Dernburg.

Der Reichsfinanzminister Dernburg ist bei der Suche, unserem mit Lasten überbürdeten deutschen Vaterlande Geldmittel zu verschaffen, auf einen zum mindesten originellen Weg verfallen. Er schlägt die Einrichtung einer Reichsarbeitsstunde vor, d. h. er will, daß in allen Betrieben von einem bestimmten Tage an täglich eine Stunde länger als bisher, also neun Stunden, gearbeitet wird. Für diese Arbeitsstunde soll der Arbeiter und Angestellte den normalen Lohn beziehen. Da es aber üblich ist, Ueberstunden höher zu bezahlen, soll der Unternehmer gehalten sein, für jede Ueberstunde extra eine Mark über den gewöhnlichen Stundenlohn hinaus aufzuwenden, diese Mark aber nicht dem Arbeiter auszuhändigen, sondern sie an die Reichskasse abzuführen.

Dernburg spekuliert: Da etwa 21 Millionen Menschen im Tagelohn arbeiten, werden der Reichskasse aus dieser Mark im Monat 630 Millionen Mark, im Jahre 7 Milliarden zufließen. Das wäre, wenn wir unsere Ausgaben künftig mit jährlich 25 Milliarden ansetzen, etwa ein Drittel. Man brauchte sich demnach bloß noch wegen der anderen zwei Drittel den Kopf zu zerbrechen. Der Reichsfinanzminister, so lautet die Mitteilung weiter, ist augenblicklich bemüht, das Kabinett für seine Idee zu gewinnen. Tatsächlich sei ein Teil seiner Kollegen schon für den Plan gewonnen, während der andere allerdings das schöne Projekt für unausführbar halte.

Der Plan Dernburgs hat auf den ersten Blick viel Bestechendes an sich. Die Summe, die sich dadurch gewinnen ließe, sieht geradezu verführerisch aus. Aber in der Praxis wird es mit der glänzenden Idee recht hapern. Der Ausführung werden sich sehr große, wenn nicht gar unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. In Deutschland ist jetzt der Achtstundentag eingeführt. Er gilt der Arbeiterschaft und auch einem großen Teile der Angestellten als die bedeutendste wirtschaftliche Errungenschaft der neuen Zeit. Unter dem Zeichen des Achtstundentages hat die Sozialdemokratie in Deutschland ihre wirksamste Agitation getrieben, und der Sinn der Maifeier war in erster Linie: Kampf für den Achtstundentag. In den anderen Ländern ist die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden ebenfalls das Ziel, dem das Sehnen der Arbeiterschaft gilt. Gewiß, unser Deutschland, das durch den Krieg schon jämmerlich verarmt ist und durch die drückendsten Friedensbedingungen auf Jahre hinaus niedergehalten werden soll, könnte es sehr wohl vertragen, wenn mehr gearbeitet würde. Die bittere Not liegt vor, aber man würde dem Arbeiter ein Maß von Selbstverleugnung zumuten, wollte man ihm zur freiwilligen Aufgabe des Achtstundentages veranlassen, wie er sie schwerlich aufzubringen gewillt ist. Und daß unsere Regierung mit einem Zwangsgesetz vorgehen würde, erscheint ausgeschlossen. Das hieße für sie den Ast absägen, auf dem sie sitzt. Der Arbeiter und Angestellte könnte auch mit Recht sagen: Warum sollen wir allein Opfer bringen? Welche gleichen Leistungen werden sich die anderen Stände im Interesse des Vaterlandes auferlegen? Läßt sich auch für sie in irgendeiner Form eine Reichsarbeitsstunde schaffen, deren Ertrag im wesentlichen dem Reich zufällt? Die Regierung ist denn anscheinend auch nicht so ganz ohne Bedenken. Das geht aus einer Mitteilung der „Allgemeinen Deutschen Zeitung" hervor, worin es heißt:

„Dernburgs Gedankengang, der die Forderungen der Mehrheit des deutschen Volkes zur Verbesserung seiner Lebensbedingungen nach dem Kriege mit einer bedeutenden Stärkung der Reichsfinanzen verknüpfen will, ist an sich natürlich interessant. (Man beachte die vorsichtige Wortwahl des Regierungsblattes! Red.) Nach unserer Kenntnis der Dinge findet darüber auch innerhalb der Regierung ein Gedankenaustausch statt. Es ist aber anzunehmen, daß, wenn der Plan in Form eines konkreten Vorschlages später der Oeffentlichkeit unterbreitet werden sollte, er in seinen Einzelheiten doch erheblich anders aussehen würde, als es sich nach den Ausführungen seiner Mitteilung darstellt. Insbesondere käme keine einseitige Belastung der arbeitenden Bevölkerungsklassen in Frage, sondern es würde versucht werden, Mittel und Wege zu finden, um alle Berufe und Bevölkerungsschichten gleichmäßig heranzuziehen."

Die Auslassung des halbamtlichen Blattes läßt hier klar erkennen, daß die Regierung auf keinen Fall einer Reichsarbeitsstunde zustimmen würde, bei der nur die arbeitende Bevölkerung erfaßt werden könnte. Es ist ja eigentlich auch selbstverständlich: wie könnte eine demokratische Regierung in einem demokratischen Staat anders verfahren? Es wird aber schwer werden, den Dernburgschen Gedanken für unser gesamtes Volk in die Tat umzusetzen. Arbeit wäre genug vorhanden, um alle länger zu beschäftigen. Wenn auch gegenwärtig noch vielfach Beschäftigung fehlt, so ergäben sich von selbst wieder zahllose Arbeitsmöglichkeiten, sobald das Ausland uns die Einfuhr von Rohstoffen ermöglicht. Sonst fiele ja Dernburgs Plan von selbst in sich zusammen. Aber Rohstoffe wird man uns wieder zuführen;

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190605017/fragment/page=0001

denn auch die Ententeländer sind durch den Krieg wirtschaftlich in ihrem produktiven Schaffen stark zurückgehalten und können auf die deutsche Arbeit nicht verzichten. Auch der Gedanke könnte einem kommen, warum denn der Erfinder der genialen Idee nicht statt der einen Arbeitsstunde **gleich zwei Arbeitsstunden** vorschlägt. Die Zeiten liegen ja noch nicht weit zurück, wo tatsächlich in Deutschland 10 Stunden gearbeitet wurde. Und dann gewänne das Reich nicht bloß 7 Milliarden, sondern 14 Milliarden und könnte damit schlankweg mehr als die Hälfte seiner Ausgaben decken.

Aber der Dernburgsche Plan hat eben, wie wir schon dargelegt haben, nicht bloß einen, sondern viele Haken, an denen er vielleicht gänzlich hängen bleibt. Daß unsere Regierung ihn ernstlich prüft, ist selbstverständlich. Dazu zwingt schon die Not, für das Reich möglichst jede auffindbare Quelle anzubohren. Dabei wird immer der Gedanke im Vordergrund stehen, daß nur Arbeit, **vermehrte Arbeit** unser deutsches Volk aus der Vernichtung retten und wieder emporbringen kann.

B.

Kolonialminister Bell über die Lage.

WTB. **Versailles**, 3. Juni. Kolonialminister **Bell**, der seit gestern in Versailles weilt, sprach sich heute deutschen Pressevertretern gegenüber über die Lage aus. Er erklärte:

Die so oft gestellte Frage, ob wir unterzeichnen oder nicht unterzeichnen sei verfrüht. Die Antwort darauf hänge lediglich von der Entente ab. Weder das Kabinett, noch die Friedensdelegation, noch die Nationalversammlung hätten sich damit beschäftigt. Diese drei Instanzen aber hätten die der Entente überreichten Gegenvorschläge in voller Uebereinstimmung gemacht, wohl wissend, daß sie namentlich in finanzieller Hinsicht Deutschland schier unerträgliche Lasten aufbürden. In einem gewissen Teil der deutschen Presse habe sich deshalb auch Entrüstung gegenüber diesem Entgegenkommen gezeigt. Die Regierung und die Friedensdelegation hätten aber sehr sorgfältig abgewogen, wie weit sie gehen könnten und ohne Popularitätsrücksicht das, was sie vorgeschlagen, angenommen. **Sie seien bereit, alles gegenüber dem Volke zu verantworten.** Die übernommenen finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, sei nur möglich, wenn das deutsche Volk sich an **spartanische Einfachheit** gewöhnen und unter Anspannung seiner ganzen Kraft wieder an die Arbeit gehe und neue praktische Arbeitsmethoden suche. Deutschland gleicht jetzt einem ausgeleerten Warenhause, und wenn in früheren Schätzungen von einem deutschen Nationalvermögen von über 300 Milliarden Mark gesprochen wurde, so sei dies eine unverantwortlich starke Uebertreibung gewesen. Wenn man zum Frieden gelangen wolle, müßte die Entente einsehen, daß ein Weg zur Verständigung **nur durch mündliche Verhandlungen** gefunden werden könne.

Kolonialminister Bell sprach dann über die Kolonialfrage. Unsere Kolonien zurückzuverlangen sei für uns eine Prestigefrage, nachdem behauptet worden sei, Deutschland habe sich selbst aus der Reihe der zivilisierten Völker ausgeschlossen. Diese Anklage habe das Reichs-Kolonialamt eingehend geprüft und widerlegt. Es halte seine Entgegnung zur Verfügung der alliierten Friedenskonferenz und sei jederzeit bereit, die Angelegenheit einer unparteiischen Instanz zur Nachprüfung und Aburteilung zu übergeben. Deutschland werde, wenn ihm der Völkerbund ein Mandat zur Verwaltung der Kolonien übertrage, mit einem klaren Zukunftsprogramm und aufs neue in den Kolonien an die Arbeit gehen. Die Gegner hätten richtig erkannt, daß Deutschland **nur durch seine Kolonien** seine Weltstellung behaupten könne, denn neben der wichtigen **Frage des Rohstoffbezuges** spiele auch die **Frage der Auswanderung** eine große Rolle. Der Kolonialminister hofft, daß auch diese für Deutschlands Bestehen wichtige Kolonialfrage auf dem Wege mündlicher Verhandlungen mit den Gegnern geregelt werden könne.

Rückkehr von Südwestafrikanern.

Amsterdam, 4. Juni. In Rotterdam werden am 7. Juni 889, am 13. Juni 787, am 16. Juni 457 Südwestafrikaner erwartet. Bei sämtlichen Transporten sind auch Frauen und Kinder.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 4. Juni. Am Ministertische: **Dr. Südekum.** Vizepräsident Dr. Frentzel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min. In dritter Lesung werden ohne Erörterung angenommen die Gesetzentwürfe zur Erweiterung der Befugnisse des westpreußischen Provinzialausschusses, zur Aenderung der Staatsschuldenverwaltung und zur Errichtung eines Wohlfahrtsministerium. Es folgt

die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die neue Gemeindeeinkommensteuerung im Jahre 1919.

Abg. **Ruer** (Dem.): Wir sind mit dem Grundgedanken dieses Gesetzes einverstanden. Der Minister wird gut tun, Ausführungen darüber herauszugeben.

Abg. **Stieler** (Ztr.), Abg. **Fuchs** (Dn.) erklären ihre Zustimmung.

Abg. **Stöcker** (U. S.): Die Vermögenden werden bei der Vermögensheranziehung ungebührlich geschont. **Redner empfiehlt einen Antrag seiner Partei mit einer** entsprechend veränderten Staffelung, die die Einkommen bis zu 5000 Mark entlastet.

Ministerpräsident Südekum: Es muß dem Volke **die Wahrheit entgegengehalten werden**, daß in dieser Zeit **ein**

Einkommen von 5000 Mark unmöglich entlastet werden kann.

Die Arbeiter, die so viel verdienen, müssen dann auch den auf sie entfallenden Anteil tragen.

Abg. **Dr. Leidig** (D. Vpt.) stimmt der Vorlage zu.

Die Vorlage wird nach weiterer unerheblicher Debatte nach Ablehnung der Anträge der Unabhängigen in zweiter Lesung einstimmig angenommen, ebenso in dritter Lesung.

Es folgt eine förmliche Anfrage der Sozialdemokraten über die

Beschäftigung und Einstellung der Kriegsbeschädigten.

Abg. **Wolff** (Soz.) bemerkt zur Begründung, es sei notwendig, die Kriegsbeschädigten als Arbeitskraft in das Wirtschaftsleben einzugliedern.

Ein Regierungskommissar erwidert, über die von der Regierung zu treffenden Maßnahmen ließen sich Einzelheiten noch nicht mitteilen, da die Beratungen noch nicht abgeschlossen seien.

Abg. **Schmieding** (Ztr.), Abg. **Werner** (Dn.), Abg. **Rasch** (D. Vpt.) sprechen sich für die Kriegsbeschädigten aus.

Abg. **Beerfelde** (U. S.): Auch die Lösung der Kriegsverletztenfürsorge ist von der Sozialisierung abhängig.

Abg. Dr. **Bronisch** (Dn.): Mit der Vertröstung auf die Sozialisierung ist den Kriegsbeschädigten nicht geholfen. Nicht die Zukunft, **sondern die Gegenwart muß helfen.**

Auf eine Anfrage der Sozialdemokratie, betreffend die Fürsorge für aus dem Kriege hervorgegangene Geisteskranke und Nervenleidende, erklärte ein Vertreter des Kriegsministeriums, daß diese ebenso wie die übrigen Kriegsbeschädigten behandelt werden sollen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, den 17. Juni, 1 Uhr: kleine Anfragen, Schluß 5¼ Uhr.

Die harten Bedingungen für Oesterreich

Wien, 3. Juni. Unter dem Eindruck der harten Friedensbedingungen der Entente trat der Hauptausschuß unter Vorsitz des Präsidenten zu einer Beratung zusammen. Der Staatssekretär des Aeußern, Bauer, erstattete eingehenden Bericht, aus dem sich ergibt, daß bei einem **Festhalten** der Entente zu den von ihr gestellten Bedingungen **eine Lebensmöglichkeit** für die deutsch-österreichische **Republik nicht gegeben erscheint.** Es wurde zur Kenntnis genommen, daß sich Präsident Seitz, Vizepräsident Fink und Staatssekretär Bauer heute abend nach Feldkirch begeben, um dort mit Staatskanzler Renner, der in den nächsten Tagen dort eintrifft, in unmittelbare Fühlung zu treten. Die drei Beamten werden am Freitag wieder nach Wien zurückkehren und dem sofort zusammentretenden Hauptausschuß neuerdings berichten.

Wien, 3. Juni. Wie die Blätter melden, war der Eindruck, den die Friedensbedingungen auf die in Wien anwesenden Abgeordneten gemacht haben, niederschmetternd. In parlamentarischen Kreisen wird erklärt, daß die Friedensbedingungen die schlimmsten Befürchtungen übertreffen. Sie werden in ihrer gegenwärtigen Fassung als unannehmbar und der Friede als ein Henkersfriede bezeichnet.

Erfolg der Südslaven in Kärnten.

Klagenfurt, 3. Juni. Der amtliche Bericht über die Lage meldet u. a., daß Völkermarkt gestern vormittag dem Feinde wieder überlassen werden mußte, um die Stadt nicht der Zerstörung auszusetzen.

Ungarisches Vorrücken in der Slowakei.

Wien, 3. Juni. Nach Meldungen aus Prag herrscht dort lebhafteste Bestürzung über die aus Slowakei gekommenen Nachrichten. Ein Drittel der Slowakei ist bereits in den Händen der Magyaren. Kaschau ist geräumt, in Preßburg werden Vorbereitungen zur Räumung getroffen.

Verhandlungen zwischen Kärnten und Südslawien.

Wien, 3. Juni. Einer Lokalkorrespondenz zufolge begab sich der Leiter der italienischen Waffenstillstands-Kommission in Wien General Segri heute als Delegierter Italiens in einer aus Generalen bestehenden Entente-Kommission zu Verhandlungen zwischen Kärnten und Südslawien nach Kärnten.

Hochverräterische Pläne in Ost- und Westpreußen.

WTB. **Berlin**, 4. Juni. Wie wir erfahren, sollen in Westpreußen Bestrebungen im Gange sein, Ostpreußen und Westpreußen bis zur Weichsel als selbständige Republik, vielleicht unter der Präsidentschaft des Bischofs von Ermland, erstehen zu lassen.

Die Staatsregierung wird, wie man wohl annehmen kann, diesen hochverräterischen Plänen genau so energisch entgegentreten, wie denen im Rheinland.

Wilhelm II. bleibt in Holland.

WTB. **Amsterdam**, 4. Juni. (Drahtnachricht.) **Wie der „Telegraaf" von gut unterrichteter Seite erfährt, entspricht das Gerücht, wonach der frühere deutsche Kaiser die Absicht haben soll, Holland zu verlassen, nicht den Tatsachen.**

Schwarz-Rot-Gold.

WTB. **Berlin**, 4. Juni. (Drahtnachricht.) In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses der **deutschen Nationalversammlung wurde in der Abstimmung über die Reichsfarben die Regierungsvorlage, die die Farbe Schwarz-Rot-Gold vorsieht, angenommen.**

Ein Verband der Sowjetrepubliken.

Haag, 4. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) „Holländisch Nieuwsbureau" meldet aus Petersburg: **Am 1. Juni hat der Zentralausschuß der Sowjetrepublik die Gründung eines Verbandes der verschiedenen Sowjetrepubliken beschlossen, nämlich der russischen, ukrainischen, lettischen, litauischen und ruthenischen Republik. Der Zusammenschluß bezweckt ein Trutzbündnis gegen die imperialistische Gefahr.**

Bolschewistische Attentate in Amerika.

Amsterdam, 4. Juni. Der New Yorker Berichterstatter der „Times" berichtet über die Bombenanschläge in den Vereinigten Staaten, daß am 3. Juni morgens in neun verschiedenen Städten Explosionen stattfanden. Es handelt sich in sämtlichen Fällen um Anschläge auf Personen, die mit der Unterdrückung des Bolschewismus zu tun hatten. Die Personen, denen die Anschläge galten, wurden nicht verletzt.

Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Ganzer.

74. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Otto Schmidt unterbrach wie in einer tiefgreifenden Bestürzung: „Der Sohn? Ich meine, der Sohn kam? . . . Ja, dann ganz ruhig: „Das ist allerdings eine unbliebsame Ueberraschung. . . . Es war also doch wohl keine Besserung gewesen, die in seinem anfänglichen Sprechen zum Ausdruck gekommen war. Aber er schien nicht bei der Sache, als Bredenkamp weiter erzählte, daß er infolge der Neueinquartierung das von ihm bewohnte Zimmer habe abtreten müssen und nun auf dem Wege nach Lübeck zu einem Freunde sei. Morgen früh wolle er sich auf die Reise machen. Während er dies berichtete, stand Otto Schmidt wie in völlig andere Gedanken vertieft. Es war, als grübele er über etwas angestrengt nach.

Der „Ober" kam inzwischen zum zweitenmal mit seiner Botschaft vom bereitstehenden Zimmer und fügte hinzu: „Der Herr Doktor können schlafen gehen."

„Wenn Sie mich mit dem Herrn Doktor meinen," lachte Bredenkamp, „so werde ich kommen. . . ." Er streckte Otto Schmidt die Hand hin. „Gute Nacht, Herr Schmidt, und vielen Dank für . . ."

„Nein, lieber Herr Bredenkamp, so schnell machen wir noch nicht Schluß." Er hielt des Ueberraschten Hand fest und sichten plötzlich sehr lustig geworden. „Mögen Sie mit mir noch ein Weilchen zusammen bleiben? Ja, bei einem guten Tropfen in einer gemütlichen Ecke?"

Bredenkamp zögerte einen Augenblick. Dann erwiderte er herzhaft: „Ich nehme Ihre freundliche Einladung dankbar an."

„Topp! Das ist nett. Da wollen wir auf Ihr Glück anstoßen und auf meins ein bißchen. Denn hoffentlich kann ich nun das Geschäft mit dem Hause machen. Es wäre mir sehr lieb, wenn ich es für meinen Bekannten kaufen könnte." —

. . . In einem kleinen Nebenzimmer saßen sie sich ein Weilchen später gegenüber. Ein glücklicher Jahrgang vom Vater Rhein war ihnen Genuß. Er löste die Zungen und rückte die Herzen näher. Und als sie mit den zum sechstenoder siebentenmal neu gefüllten Gläsern anstießen, da hatten sie kaum noch ein Geheimnis voreinander. Sie tranken und reichten sich die Hände über den Tisch: „Auf gute Freundschaft für alle Zeiten, Bredenkamp. Sie wissen, wo ich zu finden bin, wenn's einmal nötig sein sollte."

Und der andere sagte: „Es gibt noch viel Sonne in der Welt. Mehr als man glaubt. Ja, die Sonne! Und ein sonniges Buch will ich schreiben, eins vom lachenden Leben. Was nützt uns alle Traurigkeit, was soll das Schwere, Bittere und Todernste? Auch darin habe ich gefehlt. Nun soll's mit hellem Ton vorangehen. Und dem Freunde soll mein Buch gewidmet sein zum Dank für manchen Rippenstoß."

„Der Freund wartet auf das Buch. Und wenn er wieder daheim ist, wird er ihm einen Platz in den Regalen vorbereiten."

„Es kommt gewiß", sagte Heinz Bredenkamp feierlich. „Ich schwöre es bei diesem Weine, bei der Wundersamkeit dieser Stunde und bei meiner ganzen Kraft."

10

Am Morgen des nächsten Tages standen sich Rosemarie Beerbach und Matthias Brudmüller in den Rosenanlagen zum erstenmal gegenüber. Den Herrn Vetter noch am Abende seines Eintreffens zu begrüßen, hatte die Tochter der guten Doktorsleute sich ganz entschieden geweigert, obwohl Matthias es wiederholt gewünscht hatte, seine Base sofort kennen zu lernen.

Der Herr Abteilungschef im Eisenbahnministerium des Landes der Trikolore hatte bereits eine Inspizierung des Grundstückes unternommen. Sein Gesicht war von der frischen Kühle des Aprilmorgens lebhaft gerötet und erweckte im Ausdruck den Anschein vollendeter Zufriedenheit. Er betrachtete gerade eine im prachtvollen ersten Trieb stehende Gruppe vorjähriger Veredelungen, der letzten Neuheit, die Matthias Brudmüller senior sich zugelegt hatte, als er Rosemariens ansichtig wurde. Sie war eben ahnungslos um das Haus gebogen und stutzte nun beim Anblick Matthias. Sie zögerte im Weiterschreiten und wollte umkehren, weil sie glaubte, noch nicht von ihm bemerkt zu sein.

Aber Matthias hatte sie schon gesehen. Er ging ihr sofort entgegen und lächelte sie an. . . .

Rosemarie zuckte jäh zusammen. Eine Blatwelle stieg in ihr bleiches, übernächtiges Gesicht. Dieses Lächeln! Wie war es nur? Hatte sie schon je ein Mann so angelächelt? . . . So in zudringlicher Aufmerksamkeit . . . lüsterner Begehrlichkeit? Was fiel diesem Menschen ein?

Ihr Gesicht erstarrte zur eisigen Abwehr und fand seine alte Farbe wieder, als Matthias vor ihr stehen blieb.

„Ah, endlich!" sagte er, sich verbeugend. „Endlich genieße ich den Vorzug, das gnädige Fräulein Cousine kennen lernen zu dürfen. Ich brannte darauf, diese Bekanntschaft zu machen, und sehe mich in meinen kühnsten Erwartungen nicht getäuscht."

Rosemarie hätte ihm in bezug auf seine Person am liebsten das Gegenteil gesagt. Aber fürchtend, daß er seine Herrenrechte in Anwendung bringen und auch ihren Eltern, ebenso wie Tante Traute Wesselsink und Ida Brudmüller, den letzten kurzen Aufenthalt im Rosenhause nicht gestatten könne, bezwang sie sich und sagte nur: „Das „gnädige Fräulein Cousine" bin ich nicht."

„Um so besser. Mühin schlichtweg Rosemarie und du. Topp! Einverstanden! Mit Vergnügen einverstanden! Bekennen wir also unser verwandtschaftliches Verhältnis auch äußerlich sofort durch die übliche Vertrautheit in der Anrede. Es freut mich, daß ich dem Entgegenkommen als guten Anfang zum Erfolge buchen darf."

Rosemarie blickte ihren Vetter mit offensichtlicher Verständnislosigkeit kühl an. „Zu einem Erfolge?" fragte sie. „Inwiefern zu einem Erfolge, und zu welchem?"

„O, wer wird so neugierig sein, liebes Cousinchen," lächelte Matthias, Rosemarens Augen suchend, deren Blick hart in der klaren, reinen Ferne des hellen Frühlingsmorgens hing. „Man hat so seine eigenen Geheimnisse. . . . Nicht wahr, du weißt doch? Es gibt so kleine, nette, süße Geheimnisse, die immer erst dann offenbart werden, wenn es gewiß ist, daß . . . Aber, bitte, Cousinchen, sieh mich nicht so hoheitsvoll an."

Rosemarie warf die Lippen spöttisch auf. „Hoheitsvoll? Das ist nicht das richtige Wort. Ich weiß eins, das treffender sein würde"

„Und welches, wenn ich bitten darf?"

„Ich denke durchaus nicht daran, es zu sagen."

„Oho! Sieh einer! Das reizende Cousinchen kann eine vollendete kleine Kratzbürste sein."

Rosemarie sprühte den aufdringlich Nähertretenden an und ballte die zitternden Hände zu Fäusten. „Unsere erst wenige Minuten alte Bekanntschaft läßt Ihre vertraulichen Redewendungen in einem recht merkwürdigen Licht erscheinen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190605017/fragment/page=0002

Großer Kronrat in Konstantinopel.

WTB. **Amsterdam, 4. Juni. (Drahtnachricht.)** Wie das Reutersche Bureau aus Konstantinopel erfährt, wurde dort am 26. Mai ein großer Kronrat abgehalten, um den verschiedenen politischen Gruppen Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten über die jüngsten Ereignisse auszusprechen. Es waren ungefähr 200 Politiker, der Sultan mit der kaiserlichen Familie und der Großwesir anwesend. Die unionistische Gruppe sprach ihre Unzufriedenheit über die gegenwärtige Zusammensetzung des Kabinetts aus und verlangte die Bildung einer Koalitionsregierung, in der alle Parteien vertreten sind. Eine andere politische Fraktion schlug vor, daß der Kronrat sich als Nationalversammlung proklamieren solle. Ein Redner verlangte, daß das Mandat über die türkische Hoheit einer Großmacht anvertraut werde, da die Türkei sonst zertrümmert werden würde, was ihren Untergang bedeuten würde. Es wurde ein Beschluß gefaßt, daß die Versammlung nur einen ausschließlich beratenden Charakter habe. Es war auch eine Protestversammlung gegen die Besetzung von Smyrna durch die Griechen geplant, sie wurde aber von der Regierung verboten.

Fürsorge für von den Polen abgesetzte Beamte.

WTB. **Berlin, 4. Juni.** Für die von den Polen abgesetzten Beamten wird, wie wir erfahren, weiter Fürsorge getroffen werden.

Dr. Bell reist nach Berlin zurück,

WTB. **Versailles, 4. Juni.** Reichskolonialminister Dr. Bell reist heute abend nach dreitägigem Aufenthalt nach Berlin zurück. Während seines Aufenthalts in Versailles hat der Reichsminister mit den Mitgliedern der deutschen Friedensdelegation die allgemeinen politischen Fragen und mit den kolonialen Sachverständigen die kolonialen Fragen eingehend besprochen.

Keine Effektenbörse in Wien.

WTB. **Wien, 4. Juni.** Korr.-Büro. Nach Beschluß der Börsenkammer bleibt der Verkehr der Effektenbörse bis auf weiteres aufgehoben.

Vlämische Kündgebungen in Antwerpen.

WTB. **Rotterdam, 4. Juni.** Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge meldet das vlämische Pressebüro, daß die vlämische Volkspartei am Sonntag die erste große Versammlung in Antwerpen abgehalten hat. Für Flandern und Wallonien wurde die Selbstverwaltung gefordert. Bei verschiedenen Francquillons wurden Fensterscheiben eingeschlagen. Auch in Brüssel fand eine vlämische Kundgebung statt.

Der Emir von Afghanistan und der Bolschewismus

Amsterdam, 4. Juni. Reuter meldet aus Simla vom 29. Mai: Nach einer aufgegangenen drahtlosen Depesche des bolschewistischen Propagandisten Bravine hat der Emir von Afghanistan eine aus 150 Personen bestehende Abordnung nach Russisch-Turkestan geschickt, die Bravine ersuchte, nach Kabul zu kommen, wo ihm ein offizieller Empfang erwarte. Bravine wird sofort nach Kabul abreisen.

Deutsches Reich.

3000 Mark Belohnung!

WTB. **Berlin, 4. Juni.** Am 1. Juni ist der Oberleutnant Otto Marloh von der Fliegenden Kraftwagen-Staffel K des Garde-Kavallerie-Schützenkorps Berlin, geboren am 1. August 1893 in Hildesheim, gegen welchen ein Haftbefehl wegen Totschlags erlassen ist, geflüchtet. Zu seiner Ermittelung wird die obige Belohnung ausgesetzt.

Beschreibung: etwa 1,70 Meter groß, gedrungen, blond, Schnurbart geschnitten, rechter Unterarm fehlt. Die etwa nötig werdende Verteilung der Belohnung behält sich das unterzeichnete Gericht unter Ausschluß des Rechtsweges vor.

Gericht des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps.

Freimarken zur Erinnerung an die Deutsche Nationalversammlung. Vom 1. Juli ab werden bei sämtlichen Postanstalten des Reichspostgebiets Freimarken zur Erinnerung an die Deutsche Nationalversammlung 1919 mit den Wertangaben 10, 15 und 25 Pfg. ausgegeben. Es werden zunächst an jeden Käufer von jedem Werte nur kleinere Mengen, später — sobald ein genügender Vorrat gedruckt ist — unbeschränkte Mengen abgegeben. Die Herstellung einer Postkarte zu 10 Pfg. zur Erinnerung an die Nationalversammlung ist in Vorbereitung.

Vorläufig keine Rückführung Gefallener in die Heimat. Bei der Waffenstillstandskommission in Spa gehen zahlreiche Anfragen von Angehörigen ein wegen Rückführung Gefallener in die Heimat. Zurzeit ist eine Rückführung noch nicht möglich, weil nach einer Mitteilung der belgischen Regierung aus wirtschaftlichen und hygienischen Gründen, sowie solchen der öffentlichen Gesundheitspflege bis auf weiteres jegliche Wiederausgrabung von im Laufe des Krieges gestorbenen Soldaten privaterseits verboten werden mußte. Im übrigen hat sich die belgische Regierung bereit erklärt, von Amts wegen die Umbettung deutscher Soldatenleichen von gefährdeten Einzelgräbern in besondere militärische Friedhöfe zu veranlassen.

Ausland.

Die holländische Regierung erwägt eine Zwangsanleihe in Höhe von 400 Millionen Gulden. Besitzer mit einem Vermögen von über 20 000 Gulden sollen verpflichtet werden, sich an dieser Anleihe nach der Größe ihres Vermögens zu beteiligen.

Die Zahl der Arbeitslosen in England beträgt, wie im englischen Unterhaus mitgeteilt wurde, über eine Million, von denen vierhundertachttausend Kriegsteilnehmer sind.

Die Wahlen in Spanien sollen nach einer „Times"-Meldung aus Madrid mit einem Siege der Republikaner geendet haben.

Der Bürgerkrieg in China zwischen den Nord- und Südstaaten hat nach Londoner Berichten bereits über 7 Millionen Menschenleben gekostet.

Halle und Umgegend.

Halle, den 5. Juni 1919.

Der Pfingstkuchen.

In den Blumenduft des Pfingstfestes wird sich auch dieses Jahr wieder der angenehme Duft des Pfingstkuchens mischen. Mancher Nase wird er wonniger erscheinen, als der schönste Flieder- und Rosenduft. Die Erlebnisse in den letzten Jahren haben unsere Geschmacksbildung ganz außerordentlich realistisch beeinflußt. Der Anblick und der Duft knusprigen Kuchens sind imstande, im Menschen höchstes Entzücken und Kundgebungen seelischer Erschütterungen hervorzubringen. Somit ist für jeden unvoreingenommenen Philosophen der strikte Beweis geführt, daß die Auswirkungen des Menschheitsgeistes durch die erzieherischen Ergebnisse der Lebensmittelrationierung und der feindlichen Hungerblockade letzten Endes sich zusammenfassen lassen in dem Simmelbegriff Magenfrage. Die Mittler sind Nase und Zunge. Wie die Liebe durch den Magen geht, so auch die anderen menschlichen Lustempfindungen, wie sie durch einen bräunlichen Schweinebraten, einen duftenden Kuchen, eine echte Braunschweiger Mettwurst hervorgerufen werden. Zum wahren Bewußtwerden dieser Lustempfindungen sind wir erst durch die Folgeerscheinungen des Krieges gekommen. Wir sind wahre Genießer geworden in der Zeit, da wir eben nichts mehr zu genießen hatten. Um so köstlicher wird der Pfingstkuchen schmecken. Selbst auch dann, wenn er der Butter entbehrt, wie es den meisten Pfingstkuchen ergehen wird. Wir sind darin bescheiden geworden. Oder haben alle die vielen Leute, die zu Hunderten vor den Hefegeschäften anstehen, um die treibende Kraft für das Kuchenbacken zu ersichen, erfolgreiche Butter- und Hamsterfahrten unternommen? Wer weiß es! Man hat gelernt, über solche Dinge zu schweigen, denn keiner möchte die Quelle verraten, die sich ihm erschlossen hat. Da nun Schweigen nach dem alten Sprichwort Gold ist, so hätten wir hier eigentlich eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Bezahlung der uns von den Feinden auferlegten Kriegsschuld in Geld geschaffen, ohne daß das uns einen Pfennig kostet. Wir bezahlen mit dem Golde des Schweigens.

Vermißten-Nachforschung.

Die bei der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen sich bietende Gelegenheit, über das Schicksal unserer Vermißten weitgehendste Aufklärung zu erhalten, soll vom Kriegsministerium in folgender Weise ausgenutzt werden:

In den Durchgangslagern, welche die Kriegsgefangenen beim Eintreffen in der Heimat passieren müssen, erhält jeder Kriegsgefangene eine Liste der Vermißten seines Truppenteils mit Angehörigenadressen. Auf Grund dieser Listen sollen die Zurückgekehrten in den Durchgangslagern Angaben über das Schicksal ihrer Kameraden machen. Jeder behält seine Liste auch beim Verlassen des Durchgangslagers, um auch später noch weitere Angaben machen zu können.

Das Kriegsministerium kann diese Listen nicht vollständig aufstellen, da teilweise die Angehörigenadressen fehlen und noch Truppenmeldungen ausstehen. Es muß daher die Hilfe der Angehörigen in Anspruch nehmen und bittet jeden, der bisher ohne irgend eine Nachricht über einen vermißten Heeresangehörigen ist, um sofortige Uebersendung einer einfachen Postkarte (keine Briefe oder Listen) mit folgendem Inhalt: Anschriftseite: An das Zentral-Nachweis-Büro des Kriegsministeriums, Berlin N. W. 7, Dorotheenstraße 48. Angabe der Adresse des Absenders. Rückseite: Angabe des Truppenteils der Kompagnie usw., des Dienstgrades, Namens, Vornamens, Geburtstages und Geburtsortes des Vermißten und Tag und Ort des Vermißtseins (deutliche Schrift, ohne weitere Zusätze).

Sämtliche Nachforschungen durch das Zentral-Nachweis-Büro erfolgen kostenlos.

Die Bezugsscheinpflicht der Auslandstextilien. Vielfach besteht die Ansicht, daß Web-, Wirk- und Strickwaren, die aus dem Auslande eingeführt werden, im Inlande bezugsscheinfrei seien. Diese Ansicht ist falsch! Vielmehr fallen auch solche Web-, Wirk- und Strickwaren die aus dem Auslande kommen, nach Ueberschreiten der Grenze unter die Bezugsscheinpflicht, soweit sie nicht auf der freien Liste stehen. Alle Bezugsscheinbehörden und -Stellen sind angewiesen, auf Innehaltung der Bezugsscheinbestimmungen in erhöhtem Maße zu achten, und gegen Zuwiderhandlungen einzuschreiten.

Die Studentengruppe des Vereins Junger Deutschdemokraten hielt am Dienstag, den 3. Juni, im Nikolaus eine Versammlung ab, in der Herr Studienassessor Dr. Klotz über Sozialisierung der Universitätsreform sprach. Der Vortrag und die sich anschließende rege Aussprache beschäftigte sich mit Vorschlägen zur Reform der Hochschulverfassung, zur Besserung der sozialen Lage der Studenten und zur Hochschulpädagogik.

„Vivarium", E. V. Nächste Sitzung ist Freitag, abends 8½ Uhr, in Peuers Restaurant, Rathausstr. 3. Vortrag des Herrn Dr. Kniesche: „Aus der Kinderstube der Aquarien- und Terrarientiere". Verlosung. Gäste sind willkommen.

Provinzial-Nachrichten.

Dessau, 3. Juni. (Spartakistische Treibereien.) In Dessau gärt es bedenklich. Es ist offenes Geheimnis, daß die Ruhe, die bisher hier geherrscht hat, gewissen Elementen hier und außerhalb von Dessau ein Dorn im Auge ist. Seit der Demonstration der Kriegsbeschädigten ist eine maßlose Hetze der hiesigen wenigen Kommunisten und Unabhängigen gegen die Führer der Mehrheitssozialisten, namentlich gegen den Landtagspräsidenten Pens, entbrannt. Die wildesten Gerüchte durchschwirren die Stadt. So heißt es, das Volksblatt wäre das Ziel eines Putsches, der Generalstreik wäre beschlossen usw. In erfreulicher Weise geht der Vorstand der Gewerkschaften und das Gewerkschaftskartell den Kommunisten und Unabhängigen zu Leibe. In einer scharfen Entschließung verurteilen sie die Gewaltakte und fordern die Genossen auf, nur den berufenen Führern Folge zu leisten.

Achtershausen, 4. Juni. (Ausbruch von 100 Gefangenen.) In den hiesigen Gefängnisbaracken brach plötzlich unter den Strafgefangenen eine Meuterei aus. Einige überfielen den die Aufsicht führenden Gefängnisaufseher, entrissen ihm die Waffen und Schlüssel und befreiten andere Mitgefangene. Die wenigen Aufseher waren der Uebermacht gegenüber machtlos. Die Gefangenen, etwa 100, eigneten sich ihre Zivilkleider an und entflohen. Sie dürften die Umgegend bald durch Einbrüche und Diebstähle unsicher machen. Einer der Entsprungenen konnte in Arnstadt wieder festgenommen werden.

? Gera, 3. Juni. (Die Forderungen der Herren Lehrlinge.) Auf Veranlassung der hiesigen Handels- und der Handwerkskammer fand im Gewerbehause hier eine von sämtlichen Lehrherren und Betriebsinhabern des Handwerkes, des Handels und der Industrie stark besuchte Versammlung statt, um Stellung zu den Forderungen der hiesigen Lehrlinge zu nehmen, die für dreijährige Lehrzeit, 6 Stunden-Tag usw. demonstriert haben. Man kam zu den Entschlüssen, die Forderungen glatt abzulehnen, da man der Ansicht ist, mit den minderjährigen Leuten persönlich nicht zu verhandeln.

Altenburg, 2. Juni. (Der Geldverleiher.) Ein 20 Jahre alter Techniker erließ in verschiedenen Provinzzeitungen Anzeigen, wonach er unter günstigen Bedingungen Geld verleiht. Eine große Anzahl Leichtgläubiger hatten sich an diesen Menschenfreund gewandt, der aber zuvor einen erheblichen Vorschuß benötigte. Meistens waren es in große Not geratene Personen, die den erwünschten Vorschuß, auf den es natürlich nur abgesehen war, einsandten, in der Hoffnung, das erbetene Darlehn würde bald erscheinen und sie über die größte Not hinwegbelfen. Doch das Geld blieb aus, so daß sich einige der Geschädigten gezwungen sahen, die Sache der Polizei zu unterbreiten. Hier entpuppte sich der Geldgeber als ein junger Mann, der auf Kosten seiner Eltern für die Technische Schule besucht und gar nicht in der Lage war Geld auszuleihen.

Nordhausen, 3. Juni. (Eine frühgeschichtliche Wallburg) entdeckte der Nordhäuser Geschichts- und Altertumsverein auf einem Ausflug im ehemaligen Gemeindewalde des im Feglerkriege 1412 zerstörten Ortes Hunsdorf (1325 Hunoldesdorf genannt), dessen Kirchenruine noch zwischen den Nachbardörfern Steigertal und Buchholz, dicht an der alten Heerstraße Nordhausen—Quedlinburg—Magdeburg, steht. Von der alten Wallburg sind auf der Westseite noch zwei tiefe, künstliche Wallgräben deutlich als solche zu erkennen. Nach einer Nachricht in einem aus der Mitte des 16. Jahrhunderts stammenden Schriftstück des Nordhäuser Stadtarchivs hat diese Wallburg „die Widen- oder Werdenburgk" (vom althochdeutschen vitu = Gehölz, Wald) geheißen.

Vermischtes.

Falschmünzer festgenommen.

WTB. **Hamburg, 4. Juni.** Hier wurde eine aus acht Personen bestehende Bande festgenommen, die falsche 50-Mark-Scheine der Oktoberausgabe 1918 in Lübeck und Hamburg in Verkehr brachte. Die Scheine sind in Kiel angefertigt. Die Bande brachte im ganzen 337 Stück in Umlauf und stellte insgesamt für 30 000 Mark Scheine her.

Automobilunglück im Taunus.

WTB. **Königstein im Taunus, 4. Juni. (Drahtnachricht.)** Auf der Bergfahrt geriet das den Verkehr mit dem Feldberg vermittelnde Personenauto infolge übermäßiger Belastung — im Wagen waren statt 16 35 Personen — ins Rutschen und rollte mit großer Schnelligkeit zurück. Die Reisenden, deren sich eine furchtbare Panik bemächtigte, sprangen größtenteils vom Wagen ab. Zwei Frauen wurden überfahren und getötet, drei Männer wurden lebensgefährlich verletzt, andere mehr oder weniger schwer verwundet.

Bitter, aber unüberhörbar.

In einem aus Frankreich eingetroffenen Gefangenenbrief vom 2. März 1919 heißt es: „Von den Tanzvergnügungen in Deutschland sind wir durch die hiesigen Zeitungen genau unterrichtet. Möge das heilige Land der Treue weitertanzen auf den Schädeln seiner Toten und den Knochen seiner Gefangenen."

Der tote Gast. In einer Likörstube in der Lindenstraße in Berlin kehrte ein Mann ein, der sich eine Flasche Rotwein kommen ließ. Der Gast, der an einem Tisch für sich allein Platz genommen hatte, trank sein Glas in hastigen Zügen leer, sank dann auf seinen Stuhl zusammen und rührte sich nicht mehr. Als man endlich auf den stillen Gast aufmerksam wurde, sah man, daß er tot war. Ein von der Rettungsstelle hinzugerufener Arzt stellte fest, daß er sich mit Cyankali vergiftet hatte.

Literarisches.

Das literarische Echo. Halbmonatsschrift für Literaturfreunde. (Begründet von Dr. Josef Ettlinger. Herausgegeben von Dr. Ernst Heilborn.) Verlag: Egon Fleischel & Co., Berlin W 9. Das 2. Juniheft ist soeben mit folgendem Inhalt erschienen: Josef Körner: Pinchonalyse des Stils; Theodor Heuß: G. Landauers politischer Nachlaß; Herbert Schiller: J. G. Cottasche Buchhandlung; Arthur Luther: Russische Bücher; Fedor v. Zobeltitz: Bibliophile Chronik — Echo der Wähnen.

Wieland, eine deutsche Monatsschrift, München. Heft 2 (Mai) bringt Kinderporträts. In vorzüglicher Wiedergabe sind mit Kinderbildnissen vertreten Max Pechstein, E. R. Weiß, Franz Orlik und E. M. Rösner. Das Titelblatt stammt von E. M. Rösner.

Zu beziehen durch die

Goethe-Buchhandlung Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 53 Fernruf 4520.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Die erste Werbeveranstaltung des Ausschusses für Leibesübungen hatte am gestrigen Nachmittag trotz des wenig angenehmen Wetters eine zahlreiche Schülerschaft nach dem Sportplatz am Zoo herausgelockt. Auch das Lehrerkollegium der Schulen war vertreten. Wenn auch die Veranstaltung auf Schüler wie Lehrer seine Wirkung nicht verfehlt haben mag, so war sie vom sportlichen Standpunkt aus betrachtet nichts Besonderes. Die einzelnen Leistungen, namentlich in der Leichtathletik waren zwar nicht schlecht, aber die Beteiligung der Hallischen Vereine, außer Halle 96, lief ziemlich zu wünschen übrig. Kein Wunder also, daß Halle 96 in sämtlichen Konkurrenzen den ersten Platz belegte. Die ganzen leichtathletischen Uebungen (100 Meter-Lauf, 1500 Meter-Lauf, Speerwerfen und 400 Meter Staffette) waren in kaum 20 Minuten erledigt. Auch das Fußballspiel ließ viel zu wünschen übrig. Die einzelnen Ergebnisse waren folgende: 100 Meter-Lauf: Sieger: Hildmann (Halle 96); 1500 Meter-Lauf: Sieger: Jahn (Halle 96); Speerwerfen: Sieger: Werner (Halle 96); 400 Meter Staffette: Sieger: Halle 96 I. In dem nun anschließenden Fußballspiele siegte die weiße Mannschaft über die rote mit 3:1. Infolge zahlreicher Absagen noch in letzter Minute mußten noch verschiedene Ersatzleute einspringen. Der gezeigte Sport war daher keine besondere Klasse. Bedauerlich daß man recht schwache Punkte. Beide Mannschaften waren abwechselnd der angreifende Teil. Die Weißen hatten eine bessere Verteidigung, was ihr den Sieg brachte. ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190605017/fragment/page=0003

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Devisenstellen.

Berlin, 1. Juni. Amtlich. Nach den Vorschriften der Devisenordnung vom 8. Februar 1917 dürfen Devisengeschäfte nur mit der Reichsbank und den besonders bestimmten Personen und Firmen, den sogenannten Devisenstellen, abgeschlossen werden. Solche Devisenstellen haben bisher nur in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. bestanden. Um die Abwicklung der Devisengeschäfte zu erleichtern und zu beschleunigen, sind durch eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 23. Mai 1919 nunmehr auch in **Bremen, Köln, Leipzig, Mannheim** und **München** Devisenstellen errichtet worden. Zu Devisenstellen sind folgende Firmen bestellt worden in Bremen: Bank für Handel und Gewerbe, Bremer Bank, Filiale der Dresdner Bank, Deutsche Bank, Filiale Bremen, Deutsche Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Filiale Bremen, Berhd. Loose & Co., Carl F. Plump & Co., Schröder, Hene & Weyhausen; in Köln: Bank für Handel und Industrie, Filiale Köln, Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Co., Deichmann & Co., Deutsche Bank, Filiale Köln, Dresdner Bank, Filiale Köln, Mitteldeutsche Kreditbank, Filiale Köln, Sal. Oppenheim jr. & Co., A. Schaaffhausenscher Bankverein A.-G., Leopold Seligmann, Siegfried Simon, J. H. Stein; in **Leipzig**: Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt, Bank für Handel und Industrie, Filiale Leipzig, Kommerz- und Diskontobank, Filiale Leipzig, Deutsche Bank, Filiale Leipzig, Dresdner Bank in Leipzig; in Mannheim: Bank für Handel und Industrie, Filiale Mannheim, Dresdner Bank, Filiale Mannheim, Rheinische Kreditbank, Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G.; in München: Bank für Handel und Industrie, Filiale München, Bayerische Handelsbank, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Bayerische Staatsbank, Bayerische Vereinsbank, Deutsche Bank, Filiale München, Dresdner Bank, Filiale München, Merck, Finck & Co., Mitteldeutsche Kreditbank, Niederlassung München.

Gelsenkirchen.

Kirdorf über die Verluste der Industrie.

In der Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerks-Akt.-Ges. wurde die Dividende auf 6 Prozent festgesetzt. Ohne daß von Aktionärseite der übliche Wunsch nach Auskunft über die Lage des Geschäfts ausgesprochen worden war, erhob sich **Generaldirektor Emil Kirdorf** zu folgenden Ausführungen:

Nachdem das deutsche Volk sich wehrlos und ehrlos dem Vernichtungswillen seiner Feinde ausgeliefert hat, muß es auch die wirtschaftlichen Folgen tragen. Schon das letzte Vierteljahr des abgelaufenen Jahres hat Verluste gebracht, die sich im laufenden Jahre im verstärkten Maße fortsetzen. Gelsenkirchen hat in erster Linie zu leiden, weil sein Hauptbesitz jetzt im Feindesland liegt, wozu ja nun auch Luxemburg gerechnet werden muß. Diese Betriebe liegen zum großen Teil still. Der lothringische Besitz liegt unter Sequester; die Verwaltung ist ohne jede Nachricht über die dortigen Ergebnisse. Ziffernmäßige Angaben über die Verluste liegen hier nicht vor. Auf den luxemburgischen Hütten sind von 11 Hochöfen nur zwei im Betriebe. Die Adolf-Emil-Hütte liegt völlig still. Gewaltige Verluste erwachsen aus der Fortdauer der Ausgaben an Löhnen und Gehältern, während die Einnahmen fortfallen. Diese Einbußen können sich noch erheblich steigern durch Währungsverluste wegen der Kredite, die die dortige Verwaltung, abgeschnitten von der Zentrale, bei Luxemburger Banken aufnehmen muß. Das bedauerlichste jedoch ist, daß noch weit erheblicher die Verluste sind, die aus dem Besitztum im unbesetzten Gebiet erwachsen. Unter dem Einfluß der ungeheuren Zerrüttung, die sich breit gemacht hat, seitdem die sozialistische Regierung die Macht in die Hand bekommen hat, haben die Kohlenbetriebe außerordentlich ungünstig gearbeitet. Dazu kommen in neuester Zeit die unglückseligsten **Sozialisierungsbestrebungen, die die Zwangswirtschaft zu verewigen drohen**, während nur durch die freie Betätigung eine Rettung aus der gegenwärtigen Not zu erhoffen wäre. **Der Gesamtverlust aus den ersten vier Monaten des Jahres, der vorzugsweise auf den Kohlenbergbau entfällt, beträgt 24,5 Millionen Mark.**

Der Monat Mai bietet ein etwas besseres Bild, weil hier eine langsam steigende Förderung festzustellen war. Vom 1. Mai ab hat eine weitere, nicht unerhebliche Kohlenpreissteigerung stattgefunden, deren Einfluß jedoch durch Lohn und Materialpreissteigerung vorweggenommen ist. Die weitere Entwicklung ist ungewiß. Die **Einrichtung von Betriebsräten** mit viel zu weit gehenden Befugnissen läßt neue Störungen befürchten. Der Stand der verfügbaren Mittel ist durch diese Erscheinungen natürlich äußerst ungünstig beeinflußt. Wenngleich die Gelder zur Zahlung der Dividende noch vorhanden sind, so ist doch sehr bald eine äußerst schwierige Lage zu erwarten. Ein Ausgleich in dieser Beziehung würde durch den Verkauf des linksrheinischen Besitzes gefunden werden können.

Dr. **Salamonsohn** fügte dem hinzu, daß Kirdorf nicht etwa seine eigene persönliche pessimistische Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht hat, sondern, daß seine Darlegungen die Meinung der gesamten Verwaltung wiedergeben. Die Verhandlungen über Abstoßung des linksrheinischen Besitzes schweben noch, die politischen Gegenströmungen in Frankreich und Luxemburg sind noch vorhanden, so daß es fraglich ist, ob das Geschäft zustande kommt, wenn auch der gute Wille auf beiden Seiten vorhanden ist.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 4. Juni. Die Unsicherheit, Ratlosigkeit, Lustlosigkeit und Verdrossenheit der Börsenkreise macht sich in zunehmendem Maße in der Kursbildung bemerkbar. Fest lagen lediglich ausländische Aktien. Petroleum, Kanada und Prinz-Heinrich-Bahn notierten 10 Prozent höher, dagegen infolge des Wiener Börsenschlusses Orientbahn und Türkischer Tabak 3—6 Prozent niedriger. Sonst waren überwiegend Rückgänge zu verzeichnen, so für Schiffahrts- und Montanwerte bis 3 Prozent. Farbaktien waren besser gehalten mit Ausnahme von Anilin- und Elberfelder Farben. Kriegsanleihe notierte 76,80 zirka. Alte heimische Anleihe still und behauptet, österreichische auf Einstellung der Kuponzahlungen auf alte Staatsanleihen in Deutschösterreich 3—4 Prozent niedriger, ungarische besser gehalten. Berliner Straßenbahnaktien stärker gedrückt auf den beabsichtigten Erwerb des Unternehmens durch den Zweckverband gleichzeitiger Herabsetzung der Fahrpreise. Die Geschäftsstille förderte weiterhin die rückläufige Preisbewegung allgemein.

Devisenkurse.

Berlin, 4 Juni.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	555,00	555 50	355,00	355,50
Dänemark	100 Kr.	329 00	329, 0	329 00	329,50
Schweden	100 Kr.	351 00	351, 0	351 00	351,50
Norwegen	100 Kr.	345 00	345 50	345.00	345,50
Schweiz	100 Fr.	274.00	274 25	274 00	274 25
Oesterreich	100 K.	54 45	54 55	54 95	5.05
Ungarn		—,—	—,—	—,—	—,—
Bulgarien	100 Lewa	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 253.00 Brief 254.00 für 100 Pesetas

Helsingfors 127,25 128,25 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 4. Juni. Der gewünschte Regen ist eingetroffen, und man hofft, daß er dem Wachstum der Getreidesaaten förderlich sein wird. Im hiesigen Verkehr mit Landesprodukten hat sich kaum etwas Neues ereignet. Heu bleibt sehr knapp, während Stroh in reichlichen Mengen hierher kommt. Die Tendenz für diesen Artikel ist daher flau. Lupinen sind andauernd gefragt, die Preise gegen gestern kaum verändert. Auch für Grassaaten macht sich hin und wieder Interesse bemerkbar. In Kleesaaten hat das Geschäft ziemlich aufgehört. Serradella ist unverändert.

+ **Zusammenschlußbestrebungen der mitteldeutschen Sand- und Kieslieferanten.** In den Kreisen der Sand- und Kieslieferanten Mitteldeutschland ist zur Vermeidung von Unterbietungen ein Zusammenschluß geplant. Ueber die Preise, die als Mindestpreise Geltung erlangen sollen, hat bereits eine Aussprache stattgefunden. Danach will man bei den Ausschreibungen der Eisenbahnbehörden usw. für Oberbankies mindestens 5 Mk. je Kubikmeter fordern; wo irgend die Möglichkeit besteht, höhere Preise zu erzielen, aber 5,50 bis 6 Mk. Für Betonkies soll der Mindestpreis nicht unter 7,50 Mk. je Kubikmeter, für Mauersand nicht unter 8 Mk. und für Putzsand nicht unter 8,50 Mk. festgesetzt werden.

+ **Die Preissteigerungen im Schreibwarenhandel.** Nach einer Berechnung des Hauptausschusses der Papierkleinhändlerverbände sind seit Kriegsausbruch die 1000 Bogen-Preise für Akten- und Postpapiere um etwas mehr als das Fünffache gestiegen, die 100 Bogen-Preise für Normalaktendeckel auf das Sechsfache, für gewöhnliche Geschäftsbriefumschläge auf das Vierfache, die Dutzendpreise für Schulbleistifte auf das Fünfeinhalbfache, die Stückpreise auf das Fünffache. Bei feinen Bleistiften wie Castell und Kohinoor beträgt die Steigerung den dreieinhalbfachen Satz des Friedenspreises. Gewöhnliche Schulfedern sind im Großpreise auf das Sechsfache, im Dutzendpreise auf das Viereinhalbfache, im Stückpreise auf das Vierfache gestiegen; bei Kontorfedern ist die Steigerung noch etwas höher. Der Preis für Geschäftsbücher und Briefordner hat sich vervierfacht, für Schnellhefter verfünffacht. Bei kleinen Tintenpackungen stellt sich die Steigerung auf das Fünf- bis Sechsfache, bei Literaturpackungen mehr als das Dreifache des Friedenspreises. Schulartikel zeigen mindestens den vier- bis fünffachen Friedenspreis.

+ **Pappenpreise.** Nach der neuesten Feststellung des Vereins sächsischer Pappenfabrikanten betragen die Preise, die nach Vereinbarung mit anderen Verbänden in Geltung gesetzt sind, zurzeit für Handpappen: Lederpappen je 100 Kilo 90 Mk., weiße Holzpappen 90 Mk., Graupappen 85 Mk., graue Stuhlsitzpappen bis 3 Millimeter 85 Mk., bis 4 Millimeter 90 Mk., bis 5 Millimeter 95 Mk. Für Maschinenpappen: Lederpappen 95 Mk., weiße Holzpappen 95 Mk., Graupappen 90 Mk., hellgedeckte Graupappen 92 Mark. Für Hartpappen: Kunstleder-, Schuh- und Jaquardpappen 1—3 Millimeter 135 Mk., 3,1 bis 5 Millimeter 145 Mk., über 5 Millimeter 150 Mk., Stanzpappen 2—8 Millimeter je nach Stärke und Güte 150 bis 200 Mk., (vulkanisierte Pappen je nach Stärke und Güte 30—40 Mk. Aufschlag), Koffe-pappen durchgefärbt ungeprägt über 1,5 Millimeter 210 Mk., unter 1,5 Millimeter 220 Mk., für geprägte Kofferpappen stellt sich der Zuschlag auf 10 Mk.

Erhöhung der Leihgebührsätze durch die Reichsbank. Der Deutsche Sparkassen-Verband hat vom Reichsbankdirektorium das nachfolgende Schreiben erhalten: „Wir haben uns infolge vielfach an uns herangetretener Wünsche entschlossen, für einzelne Gattungen von Leiheffekten, auf deren Hergabe wir besonderen Wert legen, den Leihgebührsatz zu erhöhen. In Zukunft werden wir folgende Sätze vergüten: 1. allgemeine Leihgebühr ½ Proz. p. a. wie bisher, 2. der vorstehende Satz wird bei Hergabe von Pfandbriefen und Kommunal-Obligationen deutscher Hypothekenbanken, landschaftlichen Pfandbriefen und Provinzialanleihen, deren wir zur Hinterlegung im neutralen Ausland besonders bedürfen, auf ¾ Proz. p. a. erhöht, falls die Hergabe auf wenigstens zwei Jahre fest erfolgt. Unsererseits kann die Rückgabe der Effekten jederzeit vorgenommen werden. Die den Mitgliedern Ihres Verbandes zugestandene Sondervergütung von ¼ Proz. p. a. wird nach wie vor gewährt."

Zur Bewirtschaftung des Schnellstahls. Amtlich wird geschrieben: Die Schnellstahl-Ausgleichsstelle hat verschiedentlich mit Verbraucherkreisen über eine mögliche Veränderung der Bewirtschaftung des Schnellstahls verhandelt, doch trugen diese Besprechungen lediglich informatorischen Charakter und haben zu endgültigen Beschlüssen nicht geführt. Auch seitens der für die Bewirtschaftung des Schnellstahls zuständigen amtlichen Stelle, dem Reichswirtschaftsministerium, sind endgültige Beschlüsse, betreffend Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung des Schnellstahls nicht gefaßt worden. Es steht daher noch in keiner Hinsicht fest, wie künftig die Bewirtschaftung von Schnellstahl erfolgen wird, und eine so bestimmte Aussicht auf Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung, wie sie neulich in einer Pressenotiz zum Ausdruck gebracht wurde, kann gegenwärtig nur beunruhigend wirken.

Zur Auflösung des Demobilmachungsamts. Amtlich. Die Geschäfte der Gruppe VI des Demobilmachungsamts sind größtenteils auf das Reichswirtschaftsministerium übergegangen. Das Reichswirtschaftsministerium hat zur Fortführung der Aufgaben sowie zur Uebernahme von Einzelaufgaben, welche bisher im Reichswirtschaftsministerium behandelt wurden, ein Kommissariat für die Eisen- und Stahl erzeugende Industrie und ein Kommissariat für die Eisen und Metall verarbeitende Industrie geschaffen, von denen jedes diejenigen Arbeiten übernimmt, welche in die betreffenden Industriezweige einschlagen. Zum „Reichskommissar für Eisen- und Stahlerzeugung" wurde Herr Theodor Dasbach, zum „Reichskommissar für Eisen- und Metallverarbeitung" Herr Dr. ing. Koenemann ernannt. Die Geschäftsräume befinden sich weiterhin Berlin SW. 48, Verlängerte Hedemannstraße 8; Fernsprecher: Zentrum 6930.

Akt.-Ges. für rheinisch-westfälische Industrie in Köln. Der Aufsichtsrat beantragt, den für 1918 erzielten Gewinn vorzutragen, so daß eine Dividende (i. V. 6 Prozent), nicht zur Verteilung gelangt.

Die Deutsche Erdöl-Akt.-Ges. hat gleichzeitig mit den galizischen auch ihre rumänischen Petroleuminteressen an die Terra-Aktiengesellschaft in Glarus abgestoßen.

Mülheimer Bergwerksverein. In der ordentlichen G.-V. machte der Vorsitzende Hugo Stinnes bemerkenswerte Ausführungen über die Lage im Kohlenbergbau. Er wies darauf hin, daß während man im Jahre 1918 in den ersten vier Monaten einen Ueberschuß von 865 159 M. trotz des erhöhten Wagenmangels gehabt habe, ergibt sich in den ersten vier Monaten 1919 ein Betriebszuschuß von nicht weniger als 1 609 943 M., wovon allein 703 640 M. auf den April entfallen. Wenn die heutigen Verhältnisse sich nicht bald von Grund auf ändern, steht man **vor dem Zusammenbruch des Ruhrkohlenbergbaues.** Der Redner schätzt die Betriebsverluste, die der rheinisch-westfälische Bergbau seit Ausbruch der Revolution erlitten hat, auf nicht weniger als ½ Milliarde Mark, dabei sehe man in Berlin das Allheilmittel lediglich in der Organisation und Ueberorganisation, anstatt möglichst dem freien Wettbewerb zuzustreben. Die G.-V. stellte 10 Proz. Dividende sofort zahlbar.

Fahrzeugfabrik Eisenach in Eisenach. Der Betriebsgewinn hielt sich mit 4,14 Mill. Mark ungefähr auf der Höhe des Vorjahres. Demgegenüber stiegen die Handlungsunkosten auf 0,45 (0,31) und Zinsen auf 0,74 (0,26) Mill. Mark. Steuern erforderten 0,67 (2,13) Mill. Mark, während für Abschreibungen infolge Aufhörens der Kriegsarbeit der 15fache Betrag für Einrichtungen der Kriegsfabrikation ausgewiesen wurde: 1,51 (0,10) Millionen Mark. Als Reingewinn verblieben einschließlich Vortrag 0,79 (1,87) Mill. Mark, aus dem, wie gemeldet, 10 (25) Prozent Dividende verteilt und 82 965 (118 946) Mark vorgetragen werden sollen. Die Umstellung auf Friedensarbeit konnte nur allmählich erfolgen. Um Stillegungen zu vermeiden, wurde an den Kriegsaufträgen weitergearbeitet, ohne daß aber hierbei ein Gewinn erzielt werden durfte. Zur Erweiterung des Fabrikationsprogrammes wurde die Herstellung von Rohölmotoren in Angriff genommen. — In der Bilanz erscheinen Vorräte mit 5,98 (12,56), Wertpapiere mit 1,95 (0,45), Schuldner mit 11,72 (9,26) und Gläubiger einschließlich Bankschulden und Anzahlungen mit 12,58 (16,81) Mill. Mark.

Münchener Eggen-Fabrik. Der Aufsichtsrat beantragt für das abgelaufene Geschäftsjahr 20 Prozent Dividende (i. V. 20 Prozent und 10 Prozent Bonus).

Vulkan-Werke Hamburg und Stettin, A.-G. Im abgelaufenen Geschäftsjahr verminderte sich der Ueberschuß von 7 120 207 Mark im Vorjahre auf 6 352 789 Mk. Nach Abschreibungen von 5 014 322 (5 621 551) Mk. ergibt sich ein Reingewinn von 1 338 466 (7 120 707) Mk. aus dem eine Dividende von wieder 8 Prozent verteilt werden soll. Im Geschäftsbericht heißt es: „Die Entwicklung, welche die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland seit der politischen Umwälzung und dem Abschluß des Waffenstillstandes genommen haben, ist allgemein bekannt; wir halten es für nützlich, davon abzusehen, Reflektionen anzustellen oder in heutiger Stunde Ausblicke in die nächste Zukunft zu vertreten. Fleiß, Ordnungssinn und Sparsamkeit sind in der Vergangenheit die Imponderabilien für Deutschlands Entwicklung zum Industriestaat gewesen. Mehr denn je wird von diesen zukünftig die Absatzmöglichkeit deutscher Industrieerzeugnisse, d. h. die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Angestellte und Arbeiter, abhängig sein. Die Ueberführung unserer Betriebe in die Friedenswirtschaft ist von uns mit allen Mitteln betrieben worden. Aufträge auf Frachtdampfer für die Handelsmarine liegen in ausreichendem Maße vor, die Inangriffnahme der Bauten hat sich aber von Monat zu Monat hinausgezögert da die Erz- wie Kohlenschwierigkeiten im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die Herstellung der Baustoffe praktisch unmöglich machen." In der Bilanz sind verzeichnet: Debitoren mit 104 837 239 (54 011 913) Mk., Erträge, halbfertige Fabrikate und Vorräte mit 172 335 694 (105 384 490) Mark, andererseits Anzahlungen einschließlich laufender Kreditoren mit 271 887 638 (157 734 758) Mk.

Eisenbahn-Signal-Bauanstalt Max Jüdel u. Co., A.-G., Braunschweig. Der Aufsichtsrat beschloß der auf den 2. Juli einzuberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. gegen 15 Proz. i. V. vorzuschlagen.

Bergmann Elektrizitätswerke A.-G. in Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 12 Prozent fest und wählte Direktor Heck (Deutsche Continental Gas A.-G. in Dessau) und Staatsminister a. D. v. Loebell neu in den Aufsichtsrat. Nach Mitteilung der Verwaltung kann die im Besitze der Gesellschaft befindliche Kriegsanleihe zum größten Teil zur Steuerzahlung verwendet werden. Hinsichtlich der Geschäftslage herrscht bei der Gesellschaft die gleiche Unsicherheit wie bei den anderen Industrien. Die Besserung wird von dem weiteren Verhalten der Arbeiter und von der Rohmaterialienfrage abhängen. Mit Aufträgen ist die Gesellschaft auf lange Zeit versehen. Die Oesterreichischen Bergmannwerke sind mit dem Bodenbacher Werk durch die politische Gestaltung in eine ungünstige Lage gekommen. Dieser Umstand veranlaßte die Gesellschaft einer Anregung zu folgen, die eine für sie zweckmäßige Interessengemeinschaft zum Ziele hatte. Die Gesellschaft hat ihren Gesamtbesitz von 4 Mill. Kronen Geschäftsanteile der Oesterreichischen Bergmannswerke vor kurzer Zeit an die Krizik-A.-G. zu Prag unter voller Haftung der Prager Kreditbank verkauft. Mit einigen Millionen Kronen hat sich die Bergmann-Gesellschaft an der Krizik-A.-G. beteiligt. Durch die Transaktion werden der Gesellschaft ihre Forderungen an die Oesterreichischen Bergmannwerke voll zurückgezahlt. Der Kaufpreis, der in Markgewährung vereinbart ist, entspricht den heutigen Verhältnissen bezüglich der Gestehungskosten des Werkes.

Berliner Börse

vom 4. Juni 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:		Döring & Lehrmann	89,00
		Dürkoppwerke	—
Halberst.-Blankenb.	87,00	Elberfelder Faber.	—
Halle-Hettstedter	—	Felten & Guilleaume	150,00
Schantungbahn	120,00	Gasmotoren Deutz	110,00
Allg. Lokal-Str.	125,00	Gebhard & Co	—
Gr. Berl. Str.	—	Gebhard & König	70,50
Magdeburger Str.-B.	—	Gelsenkirchen Berg	156,50
Prinz-Heinrich-B.	260,00	Glauziger-Zuckerfbk.	252,25
Orientbahn	228,75	Hallesche Maschfbk.	307,00
Schiffahrts-Aktien:		Hann. Masch.	272,00
		Harpener Berg	143,50
		Hasper Eisen	125,00
Hambg. Paketfahrt	84,13	Hirsch Kupfer	196,00
Hambg. Südamerika	—	Höchster Farbw.	288,00
Hansa-Dampfschiff.	180,50	Hoesch Eisen u. Stahl	190,00
Nordd. Lloyd.	89,75	Hohenlohe-Werke	—
Bank-Aktien:		Humboldt Masch.	117,00
		Ilse Bergbau	287,00
Bank f. Thür.	—	Kahla Porzellan	287,00
Berl. Handelsges.	143,50	Kaliw. Aschersleben	—
Commerz-Diskonto-bank	123,00	Körbisd. Zucker-Akt.	—
		Kyffhäuserhütte	—
Darmstädter Bank	106,50	Lahmeyer & Co.	115,00
Dessauische Landes-bank	—	Lauchhammer	130,00
		Laurahütte	146,00
Deutsche Bank	202,00	Linke & Hofmann	241,00
Diskonto-Comm.	143,00	Ludwig Loewe & Co.	220,00
Dresdner Bank	124,00	Lothringer Hütte	139,50
Leipzig Credit-Anst.	128,50	Mannesmannröhren	159,50
Mitteld. Kreditbank	111,00	Oberschl. Eisenb.-Bd.	108,62
Mitteld. Privatbank	109,75	do. Caro Hag.	139,00
Nationalbank	—	do. Kokswerke	180,00
Oesterr. Kredit	—	Orenstein & Koppel	152,00
Reichsbank	148,00	Phönix Berg	162,00
		Rhein. Metall-Vorz.	141,50
Industrie-Aktien:		Rhein Stahlwaren	—
		Riebeck. Montan	165,25
Schultheiss-Brauerei	234,00	Rombacher Hütten	136,50
Akt. f. Anilin	213,00	Rositzer Braunk.	107,00
Allgem. Elektr. Ges.	159,13	Rositzer Zucker	133,25
Ammendorfer Papierfbk.	—	Sangerhäuser Masch.	—
		HugoSchneider & Co.	168,75
Anhalter Kohlenw.	157,00	Schuckert & Co.	115,50
Annaberger Steingut	161,50	Siemens & Halske	152,00
Badische Anilin	283,00	Stettiner Vulkan	143,00
Bergmann Elekt. Akt.	135,00	Stollberger Zinkh	110,25
Berl. Masch.-Bau	180,25	Strals. Spielkarten	—
Bismarckhütte	170,50	Thale-Eisenhütte	203,00
Bochumer Gußstahl	161,00	Triptis Porzellan	164,00
Chem.-Fabr. Buckau	—	Türk. Tabakregie	432,00
Chem. Griesheim	170,50	Ver. Köln-Rottweiler	180,00
Chem. Heyden	185,25	Ver. Glanzstoff	395,25
Consolidation Schalk	209,87	Wegelin & Hübner	—
Gröllwitzer Papierfbk	—	Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Daimler Motoren	171,50		
Deutsche Luxemburg	135,75	Westeregeln Alkali	203,00
Deutsche Uebersee Elektr.	218,00	Wittener Gußstahl	155,00
		Wrede Mälzerei	115,00
Deutsche Erdöl	282,50	Zechau-Kriebitsch Braunk.	—
Deutsche Gasglühl.	277,00		
Deutsche Kali	147,25	Zeitzer Masch.	252,00
Deutsche Waffen u. Mun.	—	Zellstoff Waldhof	174,75
		Otavi-Minen.	110,75
Donnersmarkhütte	194,00		

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg).
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: J. V.: Eugen Brinkmann; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bielez. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190605017/fragment/page=0004